



Grünliberale Partei Schweiz
Laupenstrasse 2, 3008 Bern

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
Bundesamt für Kommunikation
2501 Biel

Per E-Mail an: rtvg@bakom.admin.ch

22. Mai 2017

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV) sowie weiterer Verordnungen

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den Erläuternden Bericht zur Änderung der Radio- und Fernsehverordnung (RTVV), der Verordnung über Frequenzmanagement und Funkkonzessionen (FKV), der Rundfunkfrequenz-Richtlinien und der Fernmeldegebührenverordnung (GebV-FMG) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grünliberalen begrüssen das Ziel des Bundesrates, einer zunehmend diversifizierten Rundfunkszene einen zeitgemässen Rahmen für eine möglichst selbstverantwortliche Gestattung ihrer Tätigkeiten zu bieten. Im Sinne der Subsidiarität sollten regionale und lokale Inhalte vorrangig durch private Anbieter angeboten werden. Dafür sind die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu verbessern. Die SRG sollte nach Meinung der Grünliberalen ergänzend und vor allem auf nationaler Ebene tätig sein.

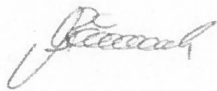
Vor diesem Hintergrund ist zu begrüssen, dass ab 2020 in den städtischen Agglomerationen keine Konzessionen für die Veranstaltung eines kommerziellen Radioprogramms ohne Abgabenteil erforderlich sein sollen. Im Erläuternden Bericht wird zu Recht darauf hingewiesen, dass heute in den städtischen Zentren eine breite Palette lokaler und regionaler publizistischer Inhalte verfügbar ist (Radio, Fernsehen, Online, Print etc.). Abgelehnt wird hingegen die Aussage im Erläuternden Bericht (Seite 2), wonach „die Gewissheit, dass die SRG in ihren Programmen eine qualitativ hochwertige ‚Grundinformation‘ sicherstellt“, die Perspektive eröffne, die kommerziellen Lokalradios von ihrer publizistischen Leistungspflicht zu entbinden. Wie eingangs erwähnt sollte der Ansatz genau umgekehrt sein: Die SRG springt nur dort ein, wo das publizistische Angebot der privaten Anbieter nicht ausreicht, um die Meinungs- und Medienvielfalt zu gewährleisten.

Weiter wird begrüsst, dass die Rahmenbedingungen für die Migration der bestehende Radioveranstalter von UKW auf DAB+ geschaffen werden sollen. Es ist erfreulich, dass sich die betroffenen Akteure im Rahmen der Arbeitsgruppe Digitale Migration auf einen gemeinsamen Massnahmenplan einigen konnten, dem sich der Bundesrat nun anschliesst.

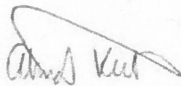
Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Kommissionsmitglied, Nationalrat Jürg Grossen, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Bäumle', with a horizontal line underneath.

Martin Bäumle
Parteipräsident

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Ahmet Kut', with a horizontal line underneath.

Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion